**Das Nahversorgungszentrum (NVZ) entsteht am Bürger vorbei**

Es ist unbestritten, dass Westerham als größter Ortsteil der Gemeinde eine Einkaufsmöglichkeit gut täte. Dass es aber eine derartig überdimensionierte Einkaufslandschaft werden muss (mit vermutlich mehr Verkaufsfläche als die bestehenden drei Läden!) und soweit von Westerham weg liegen muss, kann nicht im Sinne der Bevölkerung sein.

Den Bürger hat man bei der Planung des NVZ völlig außen vor gelassen. Auch die zuvorderst betroffene Dorfentwicklung Westerham wurde nicht involviert. Das Vorhaben selbst wurde offenbar schon 2014 eingefädelt. Mit Hilfe von Ministerin Aigner (da war man öffentlich stolz drauf) gelang es, die Festsetzungen des Landesentwicklungsplanes für das NVZ - hinsichtlich Größe und ortsnaher Lage - auszuhebeln. Vermutlich hat Frau Aigner dies bei der hierfür zuständigen Regierung von Oberbayern (die ihr nicht unterstellt ist) durchgesetzt. Die Bezirksregierung hat noch Mitte 2016 erklärt, dass sie zwar vom NVZ Kenntnis hat, aber offiziell noch nicht eingebunden ist. Aber wenn sie diese Planung nicht genehmigen würde, hätte sie das sicher frühzeitig signalisiert.

2015 kam das Projekt zum ersten Mal vor den Gemeinderat. Dort war fast nur vom neuen Drogeriemarkt die Rede, zu dessen Ansiedlung halt zwei weitere große Frequenzbringer benötigt werden. Die Gemeinderäte, die (ein paar sicher ausgenommen) zum ersten Mal von dem Projekt hörten, wurden überrumpelt, aber nur ein kleiner Teil lehnte das NVZ ab. Eine Diskussion über die Auswirkungen auf die bestehenden Märkte fand aber - auch später - nicht statt. Und ein späterer Versuch der Grünen, das Vorhaben nochmals in Frage zu stellen, wurde mit dem Argument abgewiesen, die Investoren hätten schon zu viel Geld dafür aufgewendet.

Der Bebauungsplan lag von März bis April 2017 für Stellungnahmen der Bürger in der Gemeinde auf; dies wurde aber nur von Wenigen wahrgenommen, da man nur über das schwarze Brett darüber informiert wurde. Bei einem derartigen Vorhaben wäre es guter Stil gewesen, dies zumindest auch im Gmaobriaf anzukündigen. Aber es ging wohl eher darum, eine Mitwirkung der Bürger und damit das Risiko eines Bürgerbegehrens, wie seinerzeit beim Netto-Markt, möglichst zu vermeiden. Das Ganze kann man schon als richtige „Hintenrum-Aktion“ bezeichnen.

Inzwischen dämmert manchen Bürgern, was dieses Riesen-Einkaufszentrum mit sich bringt. Ein Großteil der Kunden muss von außerhalb kommen, was die Verkehrsbelastung zumindest in der Aiblinger Straße erheblich ansteigen lässt. Und es ist mehr als wahrscheinlich, dass nach Eröffnung des NVZ nicht alle bestehenden Kaufmärkte überleben werden. Der Bedarf für einen Drogeriemarkt ist dabei nur vorgeschoben. Wer - abgesehen vielleicht von der weiblichen Jugend – benötigt praktisch täglich einen solchen Fachmarkt, zumal die vorhanden Märkte hier ja eine Grundversorgung bieten? Und der Flächenverbrauch von etwa 1.4 Hektar kann mit den neu entstehenden Arbeitsplätzen schwerlich gerechtfertigt werden (wie viele werden es netto werden und wie viele werden in daraufhin schließenden Märkten wider wegfallen?).

Motor des NVZ ist natürlich Geld. Man wüsste gerne, wer es angestoßen hat und wer aller davon direkt oder indirekt profitiert. Natürlich ist es legitim, wenn ein Besitzer sein Grundstück vermarktet. Aber durch die Umstände, speziell durch das Aushebeln von Zielen des Landesentwicklungsplanes mit ministerieller Unterstützung, hat das Ganze halt ein Gschmäckle.

Jetzt haben zwei Kiebitzpaare den Beginn der Bauarbeiten für das NVZ verzögert; es wird dadurch nicht verhindert, aber die Gemeinde muss für sie aufgrund von EU-Recht für die Brutperiode 2018 ein Ausweichareal schaffen. Der neue Bürgermeister (kein Freund des NVZ in der geplanten Bauweise) befürchtete im ersten Zorn, dass der Bebauungsplan für das NVZ eingestampft werden müsse. Im vergangenen Oktober hat der Umweltausschuss in einer weiteren „Hintenrum-Aktion“ (dazu erscheint ein eigener Artikel auf dieser Homepage) die Einrichtung eines Ökokontos verhindert mit der Begründung, dass für jedes Bauvorhaben der ökologische Ausgleich auf dem betreffenden Grundstück erfolgen soll. Schon beim NVZ wird das nicht eingehalten; seine Ausgleichsfläche liegt sogar außerhalb der Gemeinde. Vor diesem Hintergrund halten wir Grüne es für angemessen, dass sich die Gemeinde jetzt den ökologischen Konsequenzen stellt und ein Ausweichareal für den Kiebitz schafft. Die Kosten dafür werden hoffentlich den Investoren des NVZ in Rechnung gestellt. Und sollte der Bebauungsplan eingestampft werden, hätten wir bestimmt nichts dagegen.

Günther Polz 07.06.2017